

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
Band: 40 (1983)
Heft: 9

Artikel: Signalisation und Rechtssituation der Wohnstrassen
Autor: Basler, Philipp
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-783518>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Signalisation und Rechts-situation der Wohnstrassen

In den letzten Jahren wird vermehrt gefordert, die Wohngebiete von den Verkehrsimmissionen zu befreien. Aufgrund dieser Forderungen wurde das Signal «Wohnstrasse» in die Signalisationsverordnung (SSV) aufgenommen und die entsprechende Gesetzesbestimmung am 1. Januar 1980 in Kraft gesetzt.

Von Philipp Basler¹

Bewilligung durch das Bundesamt für Polizeiwesen in Bern

Mit der Inkraftsetzung von Art. 43 SSV, welcher die gesetzliche Grundlage für die Signalisierung der «Wohnstrassen» bildet, hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein Kreisschreiben erlassen. In diesem wird festgestellt, dass das Signal «Wohnstrasse» bis zum Erlass der definitiven Weisungen durch die nach kantonalem Recht zuständige Behörde nur mit Bewilligung des Bundesamtes für Polizeiwesen in Bern (BAP) aufgestellt werden darf. Sobald die definitiven Weisungen vorliegen, soll die Kompetenz für die Bewilligung von Wohnstrassen der nach kantonalem Recht zuständigen Behörde überbunden werden.

Verfügung durch die nach kantonalem Recht zuständige Behörde

Gestützt auf Art. 3/2 des Bundesgesetzes über den Strassenverkehr vom 19. Dezember 1958 sowie Art. 104 und Art. 105 der Verordnung über die Strassensignalisation vom 5. September 1979 muss das Signal «Wohnstrasse» durch die nach kantonalem Recht zuständige Behörde (Kanton Aargau = Polizei-kommando) auch noch verfügt und diese Verkehrsbeschränkung veröffentlicht werden.

Signalisierung der «Wohnstrasse»

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden im Kanton Aargau die verkehrspolizeilichen Voraussetzungen für die Signalisierung einer «Wohnstrasse» als erfüllt betrachtet, wenn das Bundesamt für Polizeiwesen in Bern die Bewilligung erteilt hat und die baulichen Massnahmen

gemäss Projekt verwirklicht worden sind.

Bauliche Voraussetzungen

Die Erfahrungen zeigen, dass bei «Wohnstrassen» gewisse bauliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, zum Beispiel muss der Übergang von der gewöhnlichen Strassenanlage zur «Wohnstrasse» mit baulichen Massnahmen spürbar ausgebildet sein. Denn es muss den Fahrzeuglenkern bewusst gemacht werden, dass eine Zone befahren wird, in welcher spezielle Verkehrsregeln zu beachten sind.

Erfahrungen mit Wohnstrassen aus polizeilicher Sicht

Im Kanton Aargau sind bis heute fünf Wohnstrassen realisiert und signalisiert worden (Gemeinde Widen 2, Bremgarten 1, Neuenhof 1, Würenlingen 1).

Die Beobachtungen der Polizei haben ergeben, dass sich die Kinder auf die Situation in den Wohnstrassen recht gut eingestellt haben. Es scheint ihnen bestens bekannt zu sein, dass in dieser Zone das Spiel auf der Strasse erlaubt ist und die Fahrzeuglenker auf spielende Kinder Rücksicht nehmen müssen. Etwas zurückhaltender verhalten sich insbesondere ältere Leute. Diese bringen dem Fahrzeuglenker immer noch einiges Misstrauen entgegen und machen offensichtlich vom Vortrittsrecht des Fussgängers selten Gebrauch.

Verkehrsberuhigende Massnahmen zum Schutze von Wohnbereichen

Als Alternativlösung zu den «Wohn-

strassen» werden in letzter Zeit «verkehrsberuhigte Strassen» genannt. Damit sollen die Ziele der Verkehrsberuhigung mit einfacheren Mitteln erreicht werden. In diesem Zusammenhang muss berücksichtigt werden, dass zwischen der «Wohnstrasse» und der «verkehrsberuhigten Strasse» bezüglich der zu beachtenden Verkehrsregeln Unterschiede bestehen. Bei der «Wohnstrasse» ist das Prinzip der Verkehrstrennung aufgehoben; Fussgänger und Fahrzeuge benützen die gleiche Verkehrsfläche. Bei der «verkehrsberuhigten Strasse» hingegen wird das Prinzip der Verkehrstrennung zwischen Fahrzeugen und Fussgängern beibehalten. In den «Wohnstrassen» beträgt die Höchstgeschwindigkeit 20 km/h. Bei der «verkehrsberuhigten Strasse» ist keine abweichende Höchstgeschwindigkeit vorgeschrieben.

Die einfachste Lösung ist, die Fahrzeuglenker mit Signalen auf die Gefahren in Erschliessungsstrassen hinzuweisen oder die Durchfahrt durch Wohnquartiere zu verbieten. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass die Wirkung der signaltechnischen Massnahmen in den meisten Fällen gering ist. In der Folge werden bauliche Massnahmen zur zwangsweisen Herabsetzung der Geschwindigkeit in Betracht gezogen. Für die Behörden stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche bauliche Einrichtungen aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht zugelassen werden dürfen.

Nach einer Auskunft des Bundesamtes für Polizeiwesen in Bern dürfen solche Verkehrshindernisse nicht angebracht werden, welche eine zusätzliche Gefahr schaffen.

Vom polizeilichen Standpunkt empfiehlt sich in jedem Falle, vor der Erstellung von baulichen Einrichtungen (oder sogenannten Verkehrshindernissen) die zuständigen Behörden zu konsultieren. ■

Zum Beispiel: Quartier Kelleräcker, Gemeinde Widen AG

MFH-Überbauung mit flächendeckendem Wohnschutzkonzept

Die erstellte Mehrfamilienhaus-Überbauung Kelleräcker ist recht gross (186 Wohnungen). Um sie zu gliedern und den Bewohnern charakteristische Identifikationspunkte zu bieten, wurde je-

weils im Zentrum einer Häusergruppe ein «Quartierplatz» ausgeschieden. Jeder dieser drei Plätze wird anders gestaltet, damit sie auch als Orientierungspunkte funktionieren können. Diese drei Quartierplätze sind durch «Wohnstrassen» miteinander verbunden. Dabei wurden die notwendigen Parkplätze zu-

¹ Verkehrspolizei des Kantons Aargau